

POLICY PAPER

E L S E
F R E N K E L -
B R U N S W I K
I N S T I T U T

FÜR DEMOKRATIEFORSCHUNG IN SACHSEN
AN DER UNIVERSITÄT LEIPZIG

EFBI POLICY PAPER 2025-2

PIOTR KOCYBA UND
JOHANNES KIESS

KONTAKT

PIA SIEMER
T: +49 341 97-37892
M: PIA.SIEMER@UNI-LEIPZIG.DE

POLITISCHE ERSCHÖPFUNG IN- FOLGE DER COVID-19 PANDEMIE IN SACHSEN

ABSTRACT

In Reaktion auf die COVID-19-Pandemie wurden Maßnahmen eingeführt und in Abhängigkeit von den Infektionszahlen gelockert, teilweise aufgehoben oder in modifizierter Form wieder eingeführt. Dabei war das Ziel, zwischenmenschliche Kontakte und damit die Übertragungsraten zu reduzieren. In der Konsequenz wurden Bereiche der Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben temporär „heruntergefahren“ – ein Stresstest für Politik und Gesellschaft. In dieser Analyse blicken wir darauf, welche Konsequenzen die Pandemie für zwei Bevölkerungsgruppen hatte: (1) Eltern mit damals schul- bzw. betreuungspflichtigen Kindern sowie (2) Jugendliche, die während der Pandemie selbst schulpflichtig waren. Hierfür haben wir in Sachsen vier Gruppendiskussionen durchgeführt, jeweils eine

mit Eltern und Jugendlichen in einer Groß- und in einer Kleinstadt. Unsere Ergebnisse zeigen, dass die mit den Corona-Beschränkungen einhergehenden Mehrfachbelastungen zu einem graduellen Rückzug aus politischer Partizipation führen konnten – vor allem im Hinblick auf den Nachrichtenkonsum. Nicht Empörung oder grundlegende Enttäuschung waren ausschlaggebend, sondern vielmehr das von den Teilnehmenden der Gruppendiskussion empfundene Gefühl der Überforderung und Erschöpfung. Deshalb sprechen wir von einer durch die COVID-19-Pandemie beschleunigten „politischen Erschöpfung“, die von Gesellschaft und Politik unadressiert die Krise der liberalen Demokratie vertiefen kann.

EINLEITUNG

Im März 2020 reagierte die Bundesregierung mit eilig zusammengestellten und gleichzeitig weitreichenden Maßnahmen auf die Ausbreitung des Coronavirus. Im Verlauf der Pandemie wurden diese Maßnahmen gelockert, dann aufgehoben und – nach erneuten Anstiegen der Infektionszahlen (meist in modifizierter Form) – wieder in Kraft gesetzt. Diese politischen Entscheidungen haben das gesellschaftliche Leben „eingefroren“ und Teile der Wirtschaft „heruntergefahren“. Sie folgten der Maßgabe, Kontakte zu reduzieren und damit die Übertragungsraten niedrig zu halten (eine Überblicksgeschichte zur Corona-Pandemie bietet Thießen 2021). Vor dem Hintergrund der immensen Belastungen für Wirtschaft und Gesellschaft verabschiedete die Regierung Hilfspakete, welche die Folgen der Coronaschutzmaßnahmen abmildern sollten. Diese sekundären Maßnahmen wurden von der Frage begleitet, ob die finanzielle Unterstützung nicht zu stark auf die Wirtschaft fokussierte und dabei gesellschaftliche Gruppen wie Jugendliche oder Familien vernachlässigt worden sind – so etwa vom Deutschen Kinderverein e. V. geäußert (2021). Für die Frage nach den gesellschaftlichen Folgen der Pandemie ist diese Diskussion nicht zuletzt deshalb relevant, da individuell wahrgenommene Ungleichheiten bzw. Ungerechtigkeiten zu einem Vertrauensverlust in die Politik und zu einem Anstieg politischer Deprivation führen können (u. a. Elsässer 2018 oder Norris 2011).

Tatsächlich zeigen Umfragen, dass das politische Vertrauen im Verlauf der Pandemie einem leicht negativen Trend unterlag, während anfänglich noch ein deutlicher Vertrauenszuwachs vorrangig in die Bundesregierung zu verzeichnen war. Letzteres ist zum einen auf die Wahrnehmung der schnellen Umsetzung von Maßnahmen als Ausdruck von Handlungsfähigkeit zurückzuführen, zum anderen verstärkte die Angst vor der neuen Infektionskrankheit den Wunsch nach einem starken Staat, der für Sicherheit sorgt (Dietz et al. 2021). Ein solcher „Rally-‘round-the-Flag“-Effekt ist typisch in unsicheren Krisenzeiten, begann sich jedoch in Deutschland bereits im zweiten Pandemiejahr zu erschöpfen, als z. B. das Vertrauen in das Gesundheitssystem zu sinken begann (Bussemeyer 2022). Auch wenn die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen deutlich gemacht haben, dass das (stellenweise feindselig geäußerte) Misstrauen gegenüber politischen Ent-

scheidungen in Teilen der Bevölkerung zunahm, betraf dies bei weitem nicht die Mehrheit der Menschen. Insgesamt kann daher von einem moderaten Rückgang des politischen Vertrauens und nicht von einem eklatanten Einbruch ausgegangen werden (Zoch & Wamsler 2024).

Im Folgenden stellen wir explizit nicht diejenigen Personen in den Mittelpunkt unseres Interesses, die so enttäuscht von der Pandemie-Politik waren, dass sie sich der Corona-Protestbewegung anschlossen und/oder grundsätzlich mit dem politischen System der Bundesrepublik Deutschland brachen – so virulent, medial (über-)präsent und für die äußersten Rechte bedeutend diese Proteste auch waren (Kiess & Nattke 2024). Vielmehr wenden wir uns denjenigen Menschen zu, die nicht grundlegend, sondern, so unsere Beobachtung, graduell das Vertrauen in das politische System verloren. Damit wollen wir die Aufmerksamkeit auf den öffentlich bislang weniger sichtbaren, unserer Meinung nach aber mindestens ebenso wichtigen – nicht zuletzt auch größeren – Teil der Bevölkerung lenken, bei dem die Pandemie zu einer unterschiedlich stark ausgeprägten politischen Erschöpfung führte, eine solche aufkommen ließ oder verstärkte.

Mit dem Begriff der „politischen Erschöpfung“ knüpfen wir an entsprechende Forschungsliteratur an, die sich mit den Konsequenzen eines beschleunigten gesellschaftlichen Wandels und den damit einhergehenden Pathologien beschäftigt (u. a. Bourdieu 1997; Ehrenberg 2004 oder Neckel & Wagner 2013). Dabei wählen wir jedoch einen anderen Fokus: Wir rekonstruieren nicht, wie etwa die Beschleunigung in der Arbeitswelt mit psychologischen Syndromen wie dem Burnout korreliert, sondern in welchem Zusammenhang Krisenerlebnisse und damit einhergehende Belastungen mit einem Rückzug aus politischer Partizipation stehen. Weiterhin vermuten wir, dass sich ein solcher Rückzug insbesondere im Zuge einer weiteren Krisenüberlappung verstetigen und damit in der Konsequenz einen Legitimationsverlust der Demokratie vertiefen kann.

Um uns dem Phänomen zu nähern, identifizierten wir zwei Teile der Gesellschaft, die in ihrer Lebenssituation in bedeutendem Maße von den Pandemie-Maßnahmen betroffen waren: (1) Eltern mit während der Corona-Pandemie schulpflichtigen Kindern sowie (2) Jugendliche, die zu dieser Zeit selbst in der Schule waren. Wir luden Personen, die

diesen Gruppen zuzuordnen sind, zu Gruppendiskussionen ein und baten sie, sich über ihre Erfahrungen auszutauschen. Im Folgenden stellen wir kurz den Hintergrund unserer Gruppenauswahl vor und begründen unser Forschungsinteresse. In unserer anschließenden Ergebnisdarstellung rekon-

truieren wir zunächst die vielfältigen Belastungserlebnisse, bevor wir auf die Konsequenzen für die politische Beteiligung eingehen. Im Fazit diskutieren wir weiterführende Fragestellungen sowie Schlussfolgerungen für den Umgang mit der Pandemie bzw. ihren Folgen.

ELTERN UND JUGENDLICHE ALS VON DER PANDEMIE BESONDERS BETROFFENE GRUPPEN

(1) Zu einer während der Pandemie besonders belasteten Gruppe gehörten Eltern mit Kindern (Bastin & Unzicker 2022; Hövermann & Kohlrausch 2022). Diese mussten die Schließungen von Kita, Kindergarten und Schule nicht nur hinsichtlich des Betreuungsaufwands kompensieren, sondern waren auch mit den mannigfaltigen Nachteilen der Lockdowns und des Homeschooling für ihre Kinder konfrontiert. Diese Lücken zu schließen, wurde vorrangig den Müttern überlassen, da sie überproportional häufig die sogenannte Care-Arbeit (also v.a. Betreuungs- und Pflegearbeit) übernehmen mussten (Bujard et al. 2021; Zoch et al. 2020). Mütter waren es auch, die häufig in Berufsfeldern tätig waren, die von pandemiebedingten Einschränkungen besonders stark und besonders lange betroffen waren (etwa in der Gastronomie oder in der Pflege) (Kohlrausch & Zucco 2020). Zudem stellte die Unsicherheit über das potenzielle Infektionsrisiko in Schulen und Kindertagesstätten eine zusätzliche Individualisierung der Verantwortung für das Wohlergehen der eigenen Kinder und potenziell gefährdeter Familienmitglieder (insb. vorerkrankte und ältere Personen) dar. Das alles führte zu einem erhöhten Risiko psychischer Erschöpfung bei Eltern und hier insbesondere bei Müttern und Alleinerziehenden.

(2) Jugendliche – heute junge Erwachsene – stellen eine weitere von der Pandemie besonders betroffene Gruppe dar und dies wiederum aus mehreren Gründen. So haben Schulschließungen samt der damit einhergehenden Umstellung auf den Online-Unterricht nicht nur Lernprobleme verursacht und die in Deutschland ohnehin schon stark ausgeprägte Bildungsungleichheit verschärft. Auch waren Jugendliche psychischen Belastungen ausgesetzt (Napp et al. 2024). Gerade wenn beide Eltern arbeitstätig waren, fehlte den Jugendlichen während der Lockdowns ein geregelter Tagesablauf. Hinzu kam die aus den Kontaktbeschränkungen resultierende Isolation von Freundeskreisen und Gleichaltrigen, was nicht nur in einer eingeschränkten gesellschaftlichen Teilhabe resultierte (Bujard et al. 2021), sondern in der Lebensphase der Identitätsbildung zu besonders gravierenden Folgen führen kann. Dies hatte ein gestiegenes Risiko für die Entwicklung von etwa Depressionen oder Angststörungen zur Folge (Ravens-Sieberer et al. 2021). Grundsätzlich wird in der Literatur diskutiert, dass die krisenhafte Jugendphase (Quenzel & Hurrelmann 2022) in Zeiten verschärfter gesellschaftlicher Krisendiagnosen Orientierungslosigkeit und Radikalisierungsrisiken erhöht (Celik et al. 2023).

FORSCHUNGSINTERESSE UND METHODISCHES VORGEHEN

Ziel unserer Studie ist es, die Krisenwahrnehmung der genannten gesellschaftlichen Gruppen, die von der Pandemie bzw. durch die Maßnahmen besonders betroffen waren, zu rekonstruieren. Damit wollen wir zu einem besseren Verständnis davon beitragen,

welche Mechanismen dazu führten, dass diese Menschen (graduell) Vertrauen in Politik verloren und/oder sich aus politischer Teilhabe zurückzogen. Dabei nehmen wir an, dass diese Entwicklung weniger auf eindeutige kausale Effekte bestimmter

statistischer Merkmale zurückzuführen sind als vielmehr auf das Wirken verbreiteter Wahrnehmungen oder, präziser, sogenannter Deutungsmuster (Schütz 1974). Deutungsmuster sind auf Erfahrungen beruhende Schemata, die Orientierung, Identität und Handeln erst ermöglichen. Sie bestimmen also, wie Menschen ihre Umwelt, insbesondere neue Situationen, wahrnehmen und einordnen und auf Basis dieser Verortung in der Welt handeln. Mit diesem Fokus und der Rekonstruktion von auf politische Erschöpfung hinauslaufenden, kollektiv verankerten Deutungsmustern möchten wir einerseits auf langfristige Folgen gesellschaftlicher Krisen hinweisen und andererseits Handlungsmöglichkeiten identifizieren, die während künftiger tiefgreifender gesellschaftlicher Krisen negative gesellschaftliche wie politische Konsequenzen abmildern könnten.

Um Näheres über die vorherrschenden Deutungsmuster zu erfahren, führten wir in Sachsen zwischen November 2023 und Oktober 2024 vier Gruppendiskussionen mit je sechs bis neun Teilnehmenden durch, je eine mit Jugendlichen und mit Eltern in einer Großstadt sowie in einer Kleinstadt. In einer Gruppendiskussion tauschen sich mehrere Teilnehmende in einem moderierten Gespräch über ihre Erfahrungen, Perspektiven und Meinungen zu einem

bestimmten Themengebiet aus (als Einstieg zur Methode siehe Bohnsack 2015). Ein solches Vorgehen erlaubt es uns, nicht nur subjektive Ansichten, sondern auch gemeinsame (wie auch in der Gruppe strittige) Interpretationsmuster des Erlebten zu erfassen. In unserem Fall baten wir die Beteiligten zum Einstieg, die drei ersten Assoziationen zu gesellschaftlichen Krisen aufzuschreiben und anschließend der Gruppe vorzustellen. Wir verzichteten dabei bewusst darauf zu suggerieren, die Pandemie sei eine besondere Herausforderung gewesen. Auch wenn die hier von den Beteiligten formulierten Ideen sehr vielfältig waren und vorwiegend grundsätzliche Problemlagen betrafen (wie die gesellschaftliche Spaltung oder die Klimakrise), wurde im Verlauf der Gruppendiskussionen persönliche Krisenbetroffenheit nahezu ausschließlich am Beispiel der Pandemieerfahrungen diskutiert. Die Tonaufnahmen aus den Gruppendiskussionen wurden im Anschluss transkribiert und anonymisiert. Diese Verschriftlichungen der bis zu zwei Stunden dauernden Gruppendiskussionen stellen die empirische Grundlage für die folgende Analyse dar, wobei wir uns in der vorliegenden Veröffentlichung auf die im Auswertungsprozess auffälligen, zentralen und immer wiederkehrenden Themen konzentrieren.

PANDEMISCHE BELASTUNGEN UND POLITISCHE ERSCHÖPFUNG – HAUPTERGEBNISSE DER GRUPPENDISKUSSION

MULTIPLE ALLTAGSBELASTUNGEN FÜR ELTERN

Insgesamt nahmen die detaillierten und emotionalen Beschreibungen der erlebten Herausforderungen und Belastungen während der Pandemie weite Teile der Gruppendiskussionen ein. Dabei wiesen die Eltern vor allem auf die Probleme hin, den Alltag unter Pandemiebedingungen zu bewältigen, und insbesondere Frauen thematisierten die Mehrfachbelastung von Arbeit (oft im Homeoffice) bei gleichzeitiger Betreuung von (mehreren) Kindern während der Lockdowns. Damals waren Mütter plötzlich für wesentlich mehr Aufgaben gleichzeitig verantwortlich: „*Mein Berufsbild hat sich erweitert, [ich wurde] auch Köchin, Lehrerin, Grundschullehrerin und, wie sagt man, Animateurin, um die Kinder zu motivieren,*

gerade die Großen, am Ball zu bleiben, schulisch“ (Gruppendiskussion Eltern, Kleinstadt). In den Diskussionen wurde regelmäßig zum Ausdruck gebracht, ein schlechtes Gewissen entwickelt zu haben, weil man weder den Aufgaben im Beruf noch den Bedürfnissen der Kinder gerecht werden konnte – und dies allein aufgrund der schieren Überfrachtung an Aufgaben:

„Ich hatte das Gefühl, ich bin aufgestanden und der Tag hätte eigentlich doppelt so viele Stunden haben müssen. Also ich bin immer nur von einem zum anderen gesprungen, gerannt, habe, hatte ständig das Gefühl, ich kann gar nichts gerecht, richtig gerecht werden. Ich fasse alles nur mal kurz an und dann hüpfte ich zum nächsten und

dann kommt das schlechte Gewissen, weil das Kindergartenkind jetzt schon wieder irgendwie ne Stunde vor dem Tablet sitzt.“

Gruppendiskussion Eltern, Großstadt

Die noch sehr lebendige Erfahrung der Überforderung drückt sich nicht zuletzt in der versehentlichen Nutzung des Präsens aus: Der sprechenden Person ist das Gefühl, während der Lockdowns den Aufgaben nicht gerecht geworden zu sein, offensichtlich noch sehr präsent. In beiden Diskussionen mit Eltern wurde diese Erfahrung breit geteilt.

Jugendliche litten erwartungsgemäß nicht oder wesentlich weniger unter einer solchen multiplen *Überverantwortung*, nahmen aber die Situation der Eltern wahr und berichteten in den beiden Gruppendiskussionen regelmäßig vom Stress der Eltern oder ihren eigenen Bemühungen, den Eltern durch eine erhöhte Selbstständigkeit oder die Unterstützung bei der Betreuung kleinerer Geschwister zu helfen. Beiden Generationen ist damit recht deutlich in Erinnerung geblieben, welch immense Zusatzbelastung das „Einfrieren“ der Gesellschaft für Familien bedeutete. Dabei hatten die einzelnen Familienmitglieder auch die anderen durch die Pandemie ausgelösten Sorgen zu tragen, wozu etwa die ökonomische Unsicherheit gehörte.

BERUFLICHE HERAUSFORDERUNGEN

Auch wenn Väter ebenso von Kurzarbeit oder Arbeitsplatzwechseln berichteten, waren es wieder Mütter, die von den ökonomischen Folgen der Pandemie besonders hart getroffen wurden. Dies betraf, wie wir aus bisherigen Studien bereits wissen, vor allem Frauen in prekären Berufsverhältnissen (etwa Hövermann & Kohlrausch 2022), die entweder direkt mit dem Einführen der Lockdowns ihre Arbeitsstelle verloren oder deren Wiedereinstieg ins Berufsleben durch die Pandemie erschwert wurde:

„Ich habe damals gerade eine Umschulung gemacht zur Friseurin, habe Montag meinen ersten Arbeitstag gehabt und Donnerstag wurden wir alle nach Hause geschickt, weil Berufsverbot war. Heute kann ich nicht mehr als Friseurin arbeiten, weil es zu lange gedauert hat und ich jetzt sehr schlecht wieder reinkomme“

Gruppendiskussion Eltern, Großstadt

Unter den Pandemieumständen eine neue Arbeit zu finden, fiel insbesondere Frauen schwer, die durch Erziehungszeiten unterbrochene Berufsbiografien

hatten. Dies wurde zusätzlich durch den Umstand erschwert, dass Frauen häufig als Alleinverantwortliche für die Kinderbetreuung während etwaiger Lockdowns wahrgenommen wurden und so für potenzielle Arbeitgeber unattraktiv waren. Dadurch entstanden Lücken in der Erwerbsbiografie, die weit über die Pandemie hinauswirken:

„Jetzt bin ich sechs Jahre aus meinem Beruf raus [...] Ich fasse keinen Fuß mehr. Mit drei Kindern sowieso gleich gar nicht mehr in der Gesellschaft, weil du bist abgeschrieben.“

Gruppendiskussion Eltern, Großstadt

Die während der Pandemie noch schulpflichtigen Jugendlichen machten solche Erfahrungen selbst nicht, beobachteten aber wieder genau, wie ihre Eltern mit beruflichen Herausforderungen konfrontiert wurden. Damit lässt sich auch in der Dimension ökonomischer Unsicherheiten ein über die Generationen geteiltes Erleben rekonstruieren.

SOZIALE ISOLATION

Während es hinsichtlich der Mehrfachbelastungen und beruflichen Herausforderungen keine nennenswerten Unterschiede zwischen den Gruppendiskussionen in der Groß- und in der Kleinstadt gab, zeigt die Wahrnehmung der Kontaktbeschränkungen Differenzen auf. Zudem waren die Jugendlichen durch die soziale Isolation persönlich betroffen und nicht – wie in den beiden Dimensionen zuvor – vornehmlich Beobachtende der schwierigen Situation ihrer Eltern. Jedenfalls wurde in allen vier Gruppendiskussionen intensiv über verschiedenartig gelagerte Konsequenzen aus den Kontaktbeschränkungen gesprochen:

(1) Gerade die Jugendlichen beobachteten, dass das Komprimieren des Alltags inklusive Schule und Erwerbsarbeit (im Homeoffice) auf das gemeinsame Zuhause zu einer gereizten Stimmung und zur Verschärfung familiärer Konflikte führte. Gleichzeitig hatten Jugendliche das Gefühl, eingesperrt zu sein und nicht nur Freizeitaktivitäten, sondern einen wichtigen Teil ihres Lebens verpasst zu haben.

(2) Eltern berichteten, dass die sonst in Anspruch genommene Hilfe der Großeltern, die plötzlich zur Risikogruppe zählten, stark eingeschränkt war. Dieser Umstand steigerte das bereits beschriebene Überlastungsgefühl durch die Schließung von Schulen und Kindertagesstätten nochmals.

(3) Der Wegfall von Freizeitaktivitäten betraf beide Generationen gleichermaßen, wobei es in der

Kleinstadt und in den umliegenden Dörfern einfacher war, sich entgegen den Regularien im Freien zu treffen. Die Jugendlichen in der Großstadt hatten dagegen weniger Gelegenheitsstrukturen für soziale Interaktionen und häufig das erste Mal Konflikte mit dem Gesetz (mehrere berichteten von Bußgeldern). Beide von uns beforschten Gruppen, Eltern und Jugendliche, entwickelten im Verlauf der Pandemie Strategien, um sich trotz der Beschränkungen mit Bekannten zu treffen (bspw. wurden soziale Interaktionen verschleiert, indem Besucherinnen und Besucher nicht vor dem Haus parkten).

(4) Trotz des (sporadischen) Umgehens der Kontaktbeschränkungen war die Pflege familiärer wie freundschaftlicher Netzwerke wesentlich eingeschränkt. Wie bereits angedeutet, betraf dies jene Personen besonders stark, die Risikogruppen zugeordnet wurden. So wurden Großeltern seltener besucht, um sie vor etwaigen Infektionen durch die eigenen (Enkel-)Kinder zu schützen. Das bedeutete eine zweifache emotionale Belastung: Einerseits betraf dies die Kinder, die ihre Großeltern vermissen und bis zu einem gewissen Alter nicht verstehen, wieso man keinen Kontakt mehr haben kann: „Und das war für meine Tochter unheimlich schlimm. Das war für meine Tochter unheimlich schlimm zu sehen, dass sie nicht zu ihrer Oma rennen kann und mit ihr knuddeln konnte“ (Gruppendiskussion Eltern, Großstadt). Andererseits war man selbst betroffen, insbesondere wenn die eigenen Eltern in einem Altersheim untergebracht waren (es wurde auch von Fällen berichtet, in denen man keinen Abschied vor dem Versterben eines Elternteils nehmen konnte).

PSYCHOLOGISCHE BELASTUNGEN

Die bis hierher zusammengetragenen Herausforderungen hatten beachtlichen emotionalen Stress und psychische Belastungen zur Folge. Dies brachten die Eltern deutlicher zum Ausdruck als die Jugendlichen. Als Erklärung kann hier einerseits die stärkere Überfrachtung mit Verantwortlichkeiten (wenn bspw. Kinder neben der Arbeit zu Hause betreut werden mussten) bei gleichzeitiger negativer bzw. befürchteter Konsequenzen für die eigene berufliche Situation herangezogen werden. Vor allem aber bereitete das psychische und schulische Wohlergehen der eigenen Kinder große Sorgen. Die Eltern mussten beobachten, wie die eigenen Kinder teilweise gravierende schulische Probleme entwickelten, bei denen sie wegen der eigenen Überlastung und fehlender pädagogischer Unterstützung nicht immer adäquat helfen konnten.

Nicht wenige an unseren Gruppendiskussionen teilnehmende Eltern wurden auch Zeugen der aus der schulischen Situation und den Corona-Schutzmaßnahmen (wie Kontaktbeschränkungen) erwachsenden psychischen Probleme ihrer Kinder. Es wurde von Fingernägelkauen oder nachhaltigen Schlafstörungen berichtet:

„Der hatte dann psychische Probleme, Schlafstörungen und so was halt. Also innerlich hat es ihn ganz schön runtergerissen. Den Großen da wieder rauszuholen, war schon ein Akt, dass der wieder irgendwie wieder neu starten konnte. Das hat er auch heute noch. Die Schlafrythmusstörungen, das merkt man ihm an.“

Gruppendiskussion Eltern, Großstadt

Nicht zuletzt führten die Herausforderungen der Pandemie bei einigen Personen auch zum erneuten Aufbrechen zurückliegender psychischer Belastungen. So wurde beispielsweise von „dunklen Gedankenkreisen“ berichtet, „wo man dann plötzlich Dinge aus der Vergangenheit rausholt, die überhaupt eigentlich gar nicht relevant sind“ (Gruppendiskussion Eltern, Großstadt).

Das Überlappen von Krisen verschärfte die Situation abermals. Als zum Ende der Pandemie Russland mit dem Überfall auf die Ukraine den schwelenden Krieg eskalierte, geriet eine der Mütter an ihre Belastungsgrenzen:

„Und dann, wo es dann auch hieß, dass irgendwann mal Krieg wieder ansteht. Ich habe gesagt, ich dachte so, dass ich das gar nicht mehr verkrafte. Da habe ich mich erst mal hingezettelt und bin zusammengesackt.“

Gruppendiskussion Mutter, Großstadt

Offensichtlich hatte die lange Belastung durch die Pandemie die Resilienz der Befragten aufgezehrt. Dies kam zwar nur in dieser Schilderung so deutlich zum Ausdruck, zeigte sich aber in beiden Gruppendiskussionen als ein regelmäßig geäußertes und von vielen Eltern geteiltes Moment.

Und auch wenn die Jugendlichen solche tiefgreifenden emotionalen und psychischen Belastungen nicht erwähnten, so hatten insbesondere die Kontaktbeschränkungen einen Leidensdruck zur Folge, der an der „emotionalen Basis“ zerrte, „drückte“ und dann auch „runtergezogen“ hat (Gruppendiskussion Jugendliche, Kleinstadt). Besonders belastend empfanden die Jugendlichen die Polarisierung unter den Erwachsenen. Sie konnten es nicht nach-

empfinden, dass sich die eigenen Eltern wegen des Tragens der Maske oder wegen der Impfung mit ihren Freunden oder engsten Familienmitgliedern (oft den Großeltern) überwarfen. Besonders virulente Konsequenzen hatte diese Spaltung dann, wenn die eigenen Eltern sich grundsätzlich gegen die Corona-Maßnahmen stellten:

„Und es war teilweise dann auch so, dass unsere Mom dann gedroht hat, uns rauszuschmeißen, ohne finanzielle und emotionale Unterstützung nach dem Motto: ‚Ja, guckt halt wo ihr bleibt‘, weil wir uns impfen lassen wollten.“

Gruppendiskussion Jugendliche, Kleinstadt

Diese tiefe Spaltung, die durch die Pandemie hervorgerufen bzw. in manchen Fällen offengelegt wurde, war in allen vier Gruppendiskussionen Thema. Eine so weitgehende Polarisierung führte immer zu Betroffenheit (man war *„hart getroffen“*, wenn Kontakte abgebrochen wurden), zu Verlust von Teilen des sozialen Netzwerks, aber auch zu Einschränkungen im gesellschaftlichen Dialog, weil man entweder gar nicht mehr miteinander sprach oder den offenen Austausch mied, um einen Bruch etwa mit engsten Familienmitgliedern zu vermeiden.

KONSEQUENZEN DER PANDEMIE FÜR DIE POLITISCHE EINSTELLUNG UND PARTIZIPATION

POLARISIERUNG UND DESILLUSIONIERUNG

Die Polarisierung wurde jedoch nicht nur als Belastungsmoment diskutiert. Insbesondere die Erwachsenen reflektierten auch ihren Anteil an der gesellschaftlichen Spaltung und berichteten, dass das erlebte politische Klima sie in ihren Einstellungen bestätigte und festigte. Das wiederum konnte bei Themen wie Maskenpflicht oder Impfung zu einer Frontstellung führen. Eine solche Dynamik beobachteten auch die Jugendlichen:

„Diese Spaltung in Pro und Contra, also gegenüber diesem Impfstatus und dass sich da einfach auch so Freundesgruppen und besonders bei meinen Eltern war das so, also dass sie so in ihrer Freundesgruppe einige hatten, die gesagt haben ja, ich bin gegen das Impfen und einige, die waren dafür.“

Gruppendiskussion Jugendliche, Kleinstadt

Unabhängig von der spaltenden Wirkung der Debatten um die Corona-Maßnahmen (hauptsächlich um die Masken- und eine eventuelle Impfpflicht) waren die Teilnehmenden grundsätzlich verunsichert bis desillusioniert von der politischen Reaktion auf die Pandemie. Sie thematisierten immer wieder (tatsächliche und vermeintliche) Widersprüche, die sie als nicht nachvollziehbar wahrnahmen, wobei die sich wandelnden Corona-Regeln im Zen-

trum standen: *„Ja, ständig wurden die Regeln verändert. Man musste immer gucken, was darf ich heute? Also dieses Irremachen“* (Gruppendiskussion Eltern, Kleinstadt). Diese Verunsicherung ging über die üblichen Debatten um das Tragen von Masken hinaus, das zu Beginn der Pandemie nicht empfohlen und mit Einsetzen der Maskenpflicht in Teilen sowohl von den Jugendlichen als auch den Eltern als unzumutbare Maßnahme am Arbeitsplatz oder in der Schule thematisiert wurde (wobei die Meinungen hier stark auseinandergingen).

Die Maske stellte ebenso wie die Impfung einen Kristallisationspunkt der Unzufriedenheit mit der Corona-Politik dar, der die gesellschaftliche Polarisierung auch innerhalb der Gruppendiskussionen offenlegte. Auf der einen Seite verwies ein Teil der Teilnehmenden auf den Schutz vulnerabler Gruppen. Auf der anderen Seite pochten einige darauf, dass man selbst darüber hätte entscheiden wollen, ob die Maske getragen werden soll; andere kritisierten die Impfpflicht für Mitarbeitende bestimmter Berufsgruppen als zu weitgehenden Eingriff in die Privatsphäre, wobei deren spätere Aufhebung als besonders irritierender Moment empfunden wurde:

„Ich bin es halt gewohnt, dass ich Freiheiten habe, dass ich machen kann, was ich möchte. Und dann von jetzt auf gleich hast du halt Regeln, woran du dich halten musst. Du musst dich impfen, sonst darfst du deine Ausbildung nicht vollenden.“

[...] Ich habe mich impfen lassen für meine Ausbildung. Ein halbes Jahr später hieß es, da muss ich mich gar nicht mehr impfen lassen.“

Gruppendiskussion Jugendliche, Großstadt

Innerhalb der Gruppendiskussionen wurden diese Widersprüche (respektvoll) ausgetragen, doch konnten sich trotz aller Meinungsverschiedenheiten alle Teilnehmenden darauf einigen, dass es nur schwer zu akzeptieren war, sich an Regeln zu halten, die sich „ständig“ änderten und deshalb als widersprüchlich erschienen – vor allem, wenn diese mit erheblichen negativen persönlichen Konsequenzen einhergingen. Gleichzeitig offenbarten die Debatten auch, dass nicht die Corona-Maßnahmen selbst als vielmehr die rasante Veränderung der Maßnahmen und ihre lokal uneinheitliche Umsetzung als Zumutung erlebt wurde. Das illustriert jedenfalls die in dem gerade zitierten Passus imaginierte, gesellschaftliche „Normalität“ als Zeit der grenzenlosen Freiheit („*Ich bin es halt gewohnt, dass ich Freiheiten habe, dass ich machen kann, was ich möchte*“), die außen vor lässt, dass es auch vor und nach der Pandemie gesellschaftliche Regeln einzuhalten gilt.

POLITISCHE ERSCHÖPFUNG

Die vielfachen Belastungen, der gerade beschriebene Frust über die widersprüchlichen und sich oft verändernden Corona-Maßnahmen und die während der Pandemie sichtbar gewordene Polarisierung wirkte in mehrfacher Weise auf das politische Vertrauen und die politische Beteiligung. So wurde von manchen Diskutanten von der vermeintlich chaotischen und unübersehbaren Maßnahmenpolitik auf eine weitgehende Kompetenzlosigkeit der politischen Entscheidungstragenden geschlossen:

„Also ich bin der Meinung, dass man vielleicht der Politik nicht mehr den Glauben schenkt wie früher. Es hat sich sehr verschoben, das Bild. Früher ist man blindlings einfach mitgelaufen und hat dann einfach gesagt, gut, okay, der wird das schon machen, der hat da Ahnung. Und wenn ich jetzt mir das teilweise mal angucke, wer da oben sitzt und was die da gemacht haben.“

Gruppendiskussion Eltern, Großstadt

Zuspitzungen dieser Art führten mitunter zu grundsätzlichen Debatten darüber, ob die Beteiligung an Wahlen überhaupt Sinn habe. Solche Diskussionen unter Personen, die nach eigenem Bekunden

erst infolge der Pandemie daran zu zweifeln begannen, belegen eine einsetzende politische Entfremdung.

Während über die Sinnhaftigkeit politischer Beteiligung innerhalb der Gruppen unterschiedliche Standpunkte diskutiert wurden, zeichnete sich bei der Einschätzung der Rolle der Medien und beim Medienkonsum ein einheitlicheres, ernüchterndes Bild. Aus dem Gefühl der Überforderung mit der Fülle von Neuigkeiten, Fachbegriffen, Infektions- oder Krankenhausbelegungszahlen nahmen sowohl Eltern als auch Jugendliche eine kritische Einstellung zur medialen Berichterstattung ein:

„Und ja es wurde halt dann auch ganz einfach, glaube ich medial einfach so viel Richtiges als auch Falsches, als auch viel Verwirrung einfach geschaffen, die dann dazu geführt hat, dass dieses Thema einfach auch so krass präsent geworden ist.“

Gruppendiskussion Jugendliche, Großstadt

Der Fokus auf und die Fülle von Nachrichten zur Corona-Pandemie wurden dabei nicht nur als chaotisch und *überfordernd* wahrgenommen, sondern führten teilweise zur offenen Medienkritik und einer Verweigerung, sich weiter mit Nachrichten zu beschäftigen:

„Ich habe mich dann auch gezielt, vielleicht auch aus Selbstschutzgründen, ein bisschen aus diesem sinnlosen Medienwahn, der da im Fernsehen betrieben wurde, einfach zurückgezogen.“

Gruppendiskussion Jugendliche, Großstadt

Eine solche Abkehr von der Beschäftigung mit Nachrichten war selbst bei Personen zu beobachten, die sich vor und noch zu Beginn der Pandemie intensiv informierten, Medien konsumierten und teilweise als Multiplikatoren von Nachrichten in ihrem Umfeld agierten.

In der Konsequenz wird häufig nur noch der lokale Teil der Tageszeitung gelesen, weil hier noch eine eigene Wirkmächtigkeit empfunden wird, während Nachrichten zu bundes- oder gar internationalen Themen schlichtweg überfordern und als zu abgehoben wahrgenommen werden:

„Also ich habe wirklich immer viel Medien konsumiert, aber momentan fast gar nicht mehr. Also ich werfe einen Blick auf die Zeitungen, aber ich reduziere es eher auf die lokalen und regionalen Geschichten, weil das andere mich schlichtweg

überfordert, weil ich gemerkt habe, ob ich das jetzt lese und versuche zu analysieren, zu verstehen: Es macht keinen Unterschied. Das [...] auf lokaler und regionaler oder auf persönlicher Ebene, das kann ich viel besser filtern, entscheiden, verstehen. Und da kann ich tatsächlich auch aktiv ins Agieren kommen.“

Gruppendiskussion Eltern, Großstadt

Mit dem Verlust an Interesse am medialen Diskurs ist ein erster Schritt in Richtung des Rückzugs aus politischer Partizipation getan. Dieser Rückzug wurde in den Gruppendiskussionen auch offen ausgesprochen, indem beispielsweise darauf hingewiesen wurde, dass man sich früher „tatsächlich mehr für Politik interessiert“ habe (Gruppendiskussion Eltern, Großstadt).

FAZIT

Zusammenfassend bestätigen sich weitgehend die in der Einleitung formulierten Annahmen. Jugendliche, die während der Pandemie schulpflichtig waren, und Erwachsene, die zu dieser Zeit schul- bzw. betreuungspflichtige Kinder aufgrund von Lockdowns zuhause beaufsichtigen mussten, waren maßgeblich und in vielfacher Weise von der Pandemie belastet. Letztgenannte Eltern waren von der Überfrachtung durch die gleichzeitige Verantwortung für Beruf und Kinderbetreuung während der Lockdowns und die beruflichen Unsicherheiten betroffen – hier vor allem Mütter in prekären Lebenslagen oder mit gesundheitlichen Vorbelastungen. Dies erlebten die Jugendlichen zwar nicht als eigene Herausforderungen, aber sie beobachteten, welche immense Stressfaktoren für die Eltern dadurch erwachsen. Die soziale Isolation traf hingegen beide Gruppen gleichermaßen, wobei wiederum die Eltern ihre Belastungen offener zum Ausdruck brachten – vorrangig mit dem Verweis auf das Leid ihrer Kinder, etwa Großeltern nicht sehen zu können; einer Situation, die man Kindern bis zu einem gewissen Alter nicht vermitteln konnte. Insgesamt zeigten sich die Eltern auch von den Konsequenzen der Schulschließungen und Kontaktbeschränkungen für ihre Kinder stark betroffen.

Beide Gruppen entwickelten ein überwiegend kritisches Verhältnis dazu, wie politisch Verantwortliche auf die Pandemie reagierten. Dabei wurde die Kritik immer dann virulent, wenn die pandemiebedingten Einschränkungen wenig nachvollziehbar, schlecht kommuniziert oder chaotisch wirkten. Dies gilt insbesondere für solche Maßnahmen, die als invasiv und freiheitsbeschränkend aufgenommen wurden. Daraus folgte das veränderte Verhältnis zu den Medien, die für die Überforderung mit der sich partiell widersprechenden Informationsflut verantwortlich gemacht wurden. In der Konsequenz wurde nicht selten der Medienkonsum

(oftmals auf lokale Nachrichten) eingeschränkt. Damit einher ging ein abnehmendes Interesse an Politik, das in einigen Fällen sogar dazu führte, dass die eigene politische Beteiligung (etwa durch Wahlen) infrage gestellt wurde.

Unsere Ergebnisse zeigen auf, dass der demokratische Zusammenhalt nicht nur durch diejenigen Schäden genommen hat, die laut (etwa auf Protesten) ihren Unmut über die Corona-Politik zum Ausdruck gebracht haben. Auch unter jenen Menschen, bei denen „graduell“ das politische Vertrauen zurückgegangen ist, sind Friktionen zu beobachten, die im Falle weiterer Krisenüberlappungen oder einer ausbleibenden allgemein-gesellschaftlichen Beschäftigung mit den Pandemie-Belastungen in Zukunft (weiter) aufbrechen können.

Insgesamt wird durch unsere Gruppendiskussionen deutlich, dass die gesellschaftlichen Belastungen der Pandemie eines intensiven Dialogs bedürfen. Allein die Dynamik der Diskussionen zeigt den großen Stellenwert der Corona-Krise. So berichteten die Teilnehmenden trotz der eingangs gemachten Verweise auf den Ukraine-Krieg oder die Klimakrise im Kontext persönlicher Betroffenheit nahezu ausschließlich über ihre Erfahrungen während der Pandemie – ohne dass wir es durch die Diskussionsführung suggeriert hätten. Dabei sind es nicht nur die thematische Ausrichtung der Diskussionen und die teilweise berührenden Inhalte, sondern die – oft im Nachgang der Aufnahme – gemachten Metakommentare der Teilnehmenden selbst, die deutlich zeigen, dass es bislang an Austausch und einer öffentlichen Debatte über die erlebten Betroffenheiten fehlt. Deshalb sollte zunächst öffentlich stärker über die während der Pandemie erlebten Herausforderungen diskutiert und dabei auch ein ergebnisoffener Dialog darüber geführt werden, welche Fehler begangen und welche Bedürfnisse von besonders betroffenen Gruppen nicht (ausreichend) berücksichtigt wurden. Dabei

erscheint uns die Frage, ob die Aufarbeitung im Rahmen einer Enquete-Kommission oder eines Untersuchungsausschusses stattfinden wird, wie häufig öffentlich verhandelt, wenig zielführend. Vielmehr führt gerade die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses die allerorten und vor allem von den Betroffenen beklagte Polarisierung weiter, anstatt das Verständnis für die individuelle Überforderung der besonders Betroffenen in den Mittelpunkt eines breit angelegten Dialogs zu stellen. Diese Betroffenen würden sich wohl noch stärker von der öffentlichen Debatte abwenden. Letztlich befriedigen politische Schuldzuweisungen nur das autoritäre Rache- und Strafbedürfnis einer radikalisierten Minderheit. Tiefer sitzende Erfahrungen von Ungerechtigkeiten bei der Verteilung von Krisenrisiken und -belastungen sowie die sich aus dem Gefühl einer chronischen Überforderung und Überbelastung abzeichnende politische Erschöpfung aber lassen sich so nicht bearbeiten.

Wichtiger wäre es, in einen breiten gesellschaftlichen Dialog zu treten und zunächst Räume zu schaffen, die einen Austausch über die – auch nach und unabhängig von der Pandemie – persönlich erlebten Belastungen ermöglichen. Dabei geht es nicht vordergründig darum, konkrete Fehler in den

Mittelpunkt zu stellen, sondern die oftmals nachhaltig belastenden Erlebnisse und Konsequenzen der Pandemie anzuhören und anzuerkennen. Ziel sollte es sein, die in unseren Gruppendiskussionen aufscheinende politische Erschöpfung, die sich als demokratische Antriebs- und Lustlosigkeit ausdrückt und die zu einer überdeutlichen Gereiztheit und dem Auseinanderbrechen der öffentlichen Diskussionszusammenhänge führen kann, zu überwinden. Hierfür müssten Orte der Begegnung bereitstehen, eine durchaus auch finanzielle Frage. Darüber hinaus stellen und stellen sich im Nachgang der Pandemie Fragen der sozialen Ungleichheit mit gesteigener Dringlichkeit (Butterwegge 2022; Schneider 2024). Sie verschärfen das dumpfe Gefühl des Abgehängtseins auch jener, die sozial durchaus noch gut integriert sind, sich in politischen Debatten allenfalls punktuell erregt, aber nicht adressiert fühlen. Die sozialpolitische Selbstermöglichung von Politik (Vobruba 1983, 40ff.; 2003) könnte durch eine Bearbeitung der insbesondere auch in Krisenzeiten steigenden sozialen Risiken dazu beitragen, die (politische) Erschöpfung der Einzelnen zu verringern und durch die erfahrbare Handlungsfähigkeit von Politik Entfremdungstendenzen entgegenwirken.

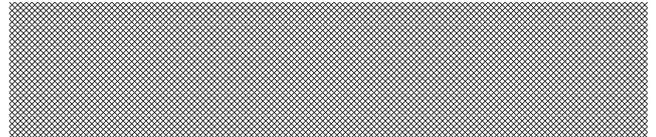
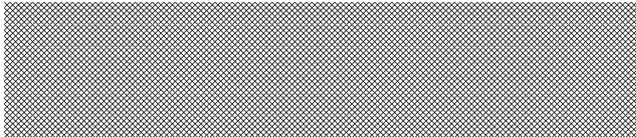
LITERATUR

- Bastin, Sonja/Unzicker, Kai (2022). Verlieren die Eltern ihr Vertrauen? Belastungen und Politikvertrauen während der Corona-Pandemie nach Familienkontext. In Caterina Bonora/Mara Kruse/Sylke Meyerhuber/Alexandra Quaas/Sabine Ritter/Feline Tils (Hrsg.), *Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Corona-Pandemie* (S. 37–49). Bremen: IPW WORKING PAPER. URL: https://media.suub.uni-bremen.de/bitstream/elib/5835/3/IPW_Working_Paper_Vol.5_final.pdf (24.11.2024).
- Bohnsack, Ralf (2015). Gruppendiskussion. In Rainer Diaz-Bone/Christoph Weischer (Hrsg.), *Methoden-Lexikon für die Sozialwissenschaften* (S. 167–168). Wiesbaden: Springer VS.
- Bourdieu, Pierre et al. (1997). *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*. Konstanz: UVK.
- Bujard, Martin/von den Driesch, Ellen/Ruckdeschel, Kerstin/Laß, Inga/Thönnissen, Carolin/Schumann, Almut/Schneider, Norbert F. (2021). Belastungen von Kindern, Jugendlichen und Eltern in der Corona-Pandemie. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, (2). https://www.bib.bund.de/Publikation/2021/pdf/Belastungen-von-Kindern-Jugendlichen-und-Eltern-in-der-Corona-Pandemie.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (24.11.2024).
- Busemeyer, Marius R. (2022). The welfare state in really hard times: Political trust and satisfaction with the German healthcare system during the COVID-19 pandemic. *Journal of European Social Policy*, 32(4), 393–406.
- Butterwegge, Christoph (2022). *Die polarisierende Pandemie: Deutschland nach Corona*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Celik, Kazim/Dilling, Marius/Kiess, Johannes (2023). Im Schatten der Individualisierung: Jugend als Krise, Verschwörungsglaube als Heil? In Martin Seeliger/Jenny Preunkert/Johannes Kiess/Joris Steg (Hrsg.), *Krisen und Soziologie* (S. 245–267). Weinheim Basel: Beltz Juventa.
- Deutscher Kinderverein (2021). Corona-Milliarden für Unternehmen – Wo bleiben unsere Kinder? Kritik am Haushalt des Familienministeriums. URL: <https://deutscher-kinderverein.de/corona-milliarden-fuer-unternehmen-wo-bleiben-unsere-kinder-kritik-am-haushalt-des-familienministeriums/> (03.01.2025).
- Dietz, Melanie/Robteutscher, Sigrid/Scherer, Philipp/Stövsand, Lars-Christopher (2022). Rally Effect in the Covid-19 Pandemic: The Role of Affectedness, Fear, and Partisanship. *German Politics* 32(4), 643–663.
- Ehrenberg, Alain (2004). *Das erschöpfte Selbst: Depression und Gesellschaft in der Gegenwart*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Elsässer, Lea (2018). *Wessen Stimme zählt? Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Hövermann, Andreas/Kohlrausch, Bettina (2022). Der Vertrauensverlust der Mütter in der Pandemie: Befunde eines repräsentativen Bevölkerungspanels. *WSI Report* 73. URL: https://www.wsi.de/fpdf/HBS-008274/p_wsi_report_73_2022.pdf (24.11.2024).
- Kiess, Johannes/Nattke, Michael (2024). *Widerstand über alles. Wie die Freien Sachsen die extreme Rechte mobilisieren*. Leipzig: edition überland.
- Kohlrausch, Bettina/Zucco, Aline (2020). Die Corona-Krise trifft Frauen doppelt: Weniger Erwerbseinkommen und mehr Sorgearbeit. *WSI Policy Brief* 40. URL: https://www.wsi.de/fpdf/HBS-007676/p_wsi_pb_40_2020.pdf (24.11.2024).
- Napp, Ann-Kathrin/Gilbert, Martha/Kaman, Anne/Möller, Sophie/Devine, Janine/Erhart, Michael/Ravens-Sieberer, Ulrike (2024). Psychische Belastungen und Auffälligkeiten von Kindern und Eltern im Verlauf der COVID-19-Pandemie (2020–2022). *Zeitschrift für Evidenz, Fortbildung und Qualität im Gesundheitswesen*, 189, 55–62.
- Neckel, Sighard/Wagner, Greta (Hrsg.) (2013). *Leistung und Erschöpfung. Burnout in der Wettbewerbsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Norris, Pippa (2011). *Democratic Deficit: Critical Citizens Revisited*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Quenzel, Gudrun/Hurrelmann, Klaus (2022). *Lebensphase Jugend: Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Ravens-Sieberer, Ulrike/Kaman, Anne/Otto, Christiane et al. (2021). Seelische Gesundheit und psychische Belastungen von Kindern und Jugendlichen in der ersten Welle der COVID-19-Pandemie – Ergebnisse der COPSYS-Studie. *Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz* 64, 1512–1521.
- Schneider, Ulrich (2024). *Krise. Das Versagen einer Republik*. Frankfurt a. M.: Westend.
- Schütz, Alfred (1974 [1932]). *Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. Eine Einleitung in die verstehende Soziologie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Thießen, Malte (2021). *Auf Abstand: Eine Gesellschaftsgeschichte der Corona-Pandemie*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Vobruba, Georg (1983). *Politik mit dem Wohlfahrtsstaat*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Vobruba, Georg (2003). Die sozialpolitische Selbstermöglichung von Politik. *Soziale Welt (Sonderband: Der Begriff des Politischen)* (14), 383–397.
- Zoch, Gundula/Bächmann, Ann-Christin/Vicari, Basha (2020). Care-arrangements and Parental Well-being During the Covid-19 Pandemic in Germany. *LifBi Working Paper* 91. URL: https://www.lifbi.de/Portals/2/LifBi%20Working%20Papers/WP_XCI.pdf (24.11.2024).
- Zoch, Gundula/Wamsler, Steffen (2024). From rally to reality: unveiling long-term dynamics in political trust over two years of COVID-19 in Germany. *Political Research Exchange*, 6(1).

AUTOREN

Piotr Kocyba, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Else-Frenkel-Brunswik-Institut. Er forscht schwerpunktmäßig zu rechten Protestmobilisierungen und zur illiberalen Zivilgesellschaft mit einem Fokus auf Ostdeutschland und das östliche Europa.

Johannes Kiess, Dr. phil., ist Soziologe und stellvertretender Direktor des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts. Schwerpunkte seiner Forschung sind die Entstehung und Verbreitung politischer Einstellungen und Mobilisierung, die Europaforschung und industrielle Beziehungen.

IMPRESSUM

Redaktion: Johannes Kiess
Lektorat: Tilman Meckel
Gestaltung und Satz: Markus Dreßen, Pia Siemer
Redaktionsschluss: 05.03.2025
Druck: Merkur Druck, Leipzig
www.efbi.de



UNIVERSITÄT
LEIPZIG

Research Centre Global
Dynamics | ReCentGlobe



Das Projekt wird finanziert durch Mittel auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts.